

ROZPRAWY I ARTYKUŁY

DOI : 10.14746/rie.2014.8.1

HELMUT MATTHES

Berlin

Eurokrise ohne Ende – Was nun?¹

Die anhaltende Eurokrise bildete sich auf dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise sowie im Zusammenhang mit der politischen Krise der EU heraus. Sie verstärkte Rezession und Stagnation der Wirtschaft und verlängert die politische Krise der EU. Deutschland spielte dabei eine besondere Rolle. Es nutzte seine Konkurrenzfähigkeit, eine extreme Niedriglohnpolitik, die Arbeitsmarktgestaltung, eine Exportoffensive und die Rettungspolitik gegen die Krise (Sparzwang und Niedrigzinsen), um mit den Krisenfolgen auch auf Kosten Europas fertigzuwerden. Das übrige Europa wurde weiter zurückgeworfen und die deutschen „Lösungen“ führten selbst für Deutschland nicht zu dauerhafter wirtschaftlicher Stabilisierung. Die Krisen sind nicht überwunden, ihr Potential kann sich jederzeit weiter zuspitzen.

Eurokrise hält an

Die Verschuldung der Euro-Staaten stieg nach Angaben der Europäischen Zentralbank (EZB) von 80% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) des Jahres 2009 auf 92,6% im Jahr 2013. Die höchsten Steigerungen verzeichnen die von der Krise am stärksten betroffenen Länder Griechenland, Portugal und Spanien. Italien erreichte inzwischen 132,6% und Frankreich 93,5%.² Der Nettoauslandsvermögensstatus der Euroländer in % des BIP zeigt die Unterschiede der Schuldensituation. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank und von Eurostat (Statistisches Amt der EU) betrug er 2012 zwischen –115% für Portugal und 169% für Luxemburg, 41% für Deutschland (1107 Mrd. Euro), und im 1. Quartal 2014 –1176,5 Mrd. Euro (–12% des BIP) für alle Länder des Eurowährungsgebiets. Ein bedeutender Teil der Forderungen liegt bei der EZB, also den Gläubigern selbst. Die weltweite Finanzlage wird durch die Verschuldung der USA

¹ Der Beitrag stellt einen Nachdruck einer Veröffentlichung in der Zeitschrift „WeltTrends“ (H. Matthes, *Eurokrise ohne Ende?*, „WeltTrends“ 2014, Nr. 94, S. 89–92), der um Auszüge aus zwei weiteren Veröffentlichungen des Autors (H. Matthes, *Nichts als Krisen. Vergebliche Rettungsversuche und notwendiges Handeln*, „WeltTrends“ Spezial 2014, Nr. 10, S. 20–26 und H. Matthes, *EU-, Wirtschafts-, Finanz- und Eurokrise – Erneuerung der EU*, In: Internationale Wissenschaftliche Vereinigung Berlin e. V. Berichte 24/2014, Nr. 202, S. 39–43) ergänzt und bearbeitet wurde.

² Vgl. European Central Bank June 2014, S. 46.

(über 17 Billionen Dollar), die den Dollar als wichtigste internationale Währung betrifft, schwer belastet. Die Anzeichen für Krisenrisiken in den Schwellenländern und finanzielle Unsicherheiten in den EU-Ländern, insbesondere in Großbritannien, bedrohen ebenfalls die internationale Finanzlage. Immer wieder geraten große Banken europäischer Länder in Zahlungsschwierigkeiten.

Zu den Krisenursachen

Bei der Ursachenanalyse für die Finanz- und Eurokrise sind zu berücksichtigen:

1. Die neoliberale Entfaltung des Finanzsektors und seine Loslösung von der realen Ökonomie führte zu einem unkontrollierten Konkurrenzkampf zugunsten der ökonomisch stärksten Konzerne und Länder und zu einem Geldüberhang, der zusammen mit dem Einsatz nichtregulierter Finanzinstrumente riskante Kreditvergabe förderte. Der Geldüberhang war und bleibt latente Nachfrage, die jederzeit auch zu realer Nachfrage werden kann. Sie führt derzeit nicht zur Inflation, weil der Übergang zur Finanzspekulation das Wachstum der Investitionen und der Konsumtion behindert und damit nicht zur Nachfrage nach Gütern führt. Während der letzten Jahre haben sich die Bruttoinvestitionen in der Eurozone sogar vermindert.
2. Die Eurokrise ist auch die Folge von Versäumnissen bei der Festlegung der Währungsunion in den Dokumenten des Maastrichter Gipfels:
 - Die Integration des Währungssystems wurde ohne die notwendige Klärung und Vertiefung der politischen Union durchgeführt. Dies behindert die notwendige Koordinierung und Herausbildung gemeinsamer europäischer politischer und wirtschaftlicher Interessen;
 - Die Integration der Währung wurde ohne wesentliche Fortschritte der Integration im Produktionsbereich und ohne notwendige Konsequenzen für den Binnenmarkt vollzogen. Die Währungsunion wurde nicht mit der notwendigen Herausbildung einer Wirtschaftsgemeinschaft und einer integrierenden koordinierten Wirtschaftspolitik verbunden. Stattdessen wurden freie Konkurrenz und der Kampf um Märkte im Interesse der ökonomisch stärkeren Kräfte (Konzerne und Staaten) ausgeweitet, nicht reguliert;
 - in Maastricht wurden die wirtschaftlichen Niveauunterschiede zwischen den Volkswirtschaften ungenügend beachtet. Statt solidarischer Förderung von Konvergenz oder auch von Protektion im Konkurrenzkampf ergaben sich einseitige Vorteile für Kreditgeber und Exporteure. Keine Berücksichtigung fand die begrenzte wirtschaftspolitische Leistungsfähigkeit der schwächeren Staaten und deren Verschuldung infolge nicht produktiven Mitteleinsatzes. Ermöglicht wurde dagegen die Umverteilung zugunsten von Profiteuren, welche die Mittel akkumulierten und transferierten. Der Stabilitätspakt entsprach nicht den gegebenen Stabilitätsbedingungen.
 - im internationalen Finanzsystem mit seinen Krisen und Geldblasen, der Verselbstständigung des Geldmarktes, den ungenügend regulierten Banken und dem System von Schattenbanken, den neuen Finanzierungsinstrumenten sowie seiner neoliberalen Gestaltung blieb der neue Platz des Finanzkapitals ohne wesentliche Konsequenzen für die Währungsunion.

Auf dieser Basis kam es aufgrund der von den USA ausgelösten Finanzkrise zu wachsenden Disproportionen der Leistungsbilanzen, zunehmenden Haushaltsdefiziten, Wachstumsverlusten und steigender Verschuldung der Staaten, von denen selbst die stärksten Volkswirtschaften – zunächst Gewinner der Währungsunion – getroffen wurden, zur Eurokrise. Finanz- und Eurokrise erzeugten gleichzeitig eine Wirtschaftskrise.

Zu den Rettungsmaßnahmen

Die Rettungsmaßnahmen der EU und der Staaten der Eurozone riefen hohe staatliche Subventionen hervor. Banken und Gläubiger wurden kaum an den Krisenkosten beteiligt, ihnen wurden die Rettungsmittel zugeführt. Zunächst wurde das krisenhafte europäische Bankensystem durch den Einsatz von staatlichen Fonds „gerettet“, ohne eine Beteiligung des Bankkapitals und der Gläubiger einzufordern. Mit der „Systemrelevanz“ wurde die Erhaltung der großen Banken gerechtfertigt. Verstaatlichungen wurden von vornherein auf die Reprivatisierung eingestellt. SoFFin (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung), EFSM (Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus) und schließlich ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) waren und sind die wichtigsten Rettungsinstrumente. Eingegangene deutsche Verpflichtungen für diese Fonds liegen bei Hunderten Milliarden Euro. Die Umverteilung der Krisenkosten erfolgte zulasten der Steuerzahler, auch durch eine Niedrigzinspolitik als notwendige Maßnahme für die Konjunkturförderung. Dieses Vorgehen begünstigt vorrangig die Banken, lässt Großanlegern Spielraum, gewährt Kreditnehmern Entlastungen und mindert dem Kleinsparer die Zinsen. An dieser Einschätzung ändert auch die Tatsache wenig, dass sich Banken nach neuen profitablen Spekulationen auch an Rückzahlungen beteiligen, während gleichzeitig weitere Verluste für den Staat entstehen (bad banks).

Durch die EU wurde unter maßgeblichem deutschen Einfluss eine Spar- und Reformpolitik (im neoliberalen Sinne von Sozialabbau und Privatisierung) eingeleitet und den von der Krise am stärksten betroffenen Ländern (Griechenland, Portugal und Spanien) aufgezwungen. Die EU-Kommission wirkte gemeinsam mit der EZB und dem IWF (Internationaler Währungsfonds). Diese Troika verhandelte die Ausreichung der Rettungsmittel, die überwiegend bei den Verursachern der Bankenkrise landeten. Gleichzeitig entwickelte die EZB einen Beitrag zur „Rettung“ in Not geratener Länder mit ihrem Zahlungssystem im Euro-Verbund (Target), dem Markt für Short Term European Papers (STEP) und ihren Anleihepapierkäufen, die insgesamt in Billionenhöhe ungenügend gesichert die Bank und damit die Staaten als Kapitaleigner gefährden. Der Einsatz der zu leihenden Mittel wurde wesentlich den Staaten überlassen. Das bedeutete eine Förderung der „Insolvenzverschleppung“ mit „unbeschränkter Haftung“. Es ist richtig, dass die Ankündigungen der EZB zur Erhöhung der Liquidität der Staaten auch der Beruhigung des Geldmarktes dienen und nicht immer voll in Anspruch genommen werden, aber es sind auch nicht nur Versprechen wie das in der „Neuen Zürcher Zeitung“ behauptet wurde (Szalay, 2014). Die Bilanzsumme ist seit 2009 in Billionenhöhe gestiegen.

Peer Steinbrück (SPD) gab die zur Rettung der Banken europaweit von Oktober 2008 bis Dezember 2010 eingesetzten Staatshilfen mit 1,6 Billionen Euro an. Sahra Wa-

genknecht (Die Linke) hat 2013 die in „Schrottbanken gepumpten“ Mittel der EU seit Beginn der Krise mit 4,5 Billionen Euro beziffert.

Völlig ungenügend blieben trotz anderslautender Rhetorik die Maßnahmen zur Regulierung der ökonomischen Integration der produzierenden Wirtschaft. Sie wurde letztlich dem Markt der freien Konkurrenz überlassen. Weder der reformierte Stabilitäts- und Wachstumspakt, Six Pack und Two Pack, noch das Europäische Semester haben eine angekündigte Wirtschafts- und Währungsunion entstehen lassen. Gemeinsame Investitions- und Entwicklungsprogramme, unterstützt durch solidarische Umverteilung, die die Macht des herrschenden Finanzkapitals gegenüber der Realwirtschaft eingeschränkt und den Einfluss der großen Konzerne auf die Integration reguliert hätten, wurden nicht entwickelt. Selbst Deutschland, das bisher Krisenfolgen und -kosten noch relativ gut schultern konnte, gelang kein Konjunkturaufschwung und wird zunehmend durch die Rettungspolitik belastet. In anderen Euroländern gab und gibt es eine bedrohliche politische Destabilisierung und Widerstände gegen den Umgang mit der Finanzkrise. Schließlich waren sich die Staaten, die EU, die G-20 und andere internationale Gremien (z. B. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, BIZ) hinsichtlich der Regulierung des Finanzmarktes und geplanter Reformschritte uneins und inhaltlich bei der Gestaltung von Reformen inkonsequent. Die Reformschritte wurden immer wieder verschleppt und mangelhaft umgesetzt, sodass deren Wirkung ungenügend blieb.

Die Eurokrise setzte sich fort, die schlechte wirtschaftliche Entwicklung hielt an und ihre neoliberalen Ursachen blieben erhalten. Trotzdem ist festzustellen, dass Regulierungsmaßnahmen (z. B. die Umsetzung von Basel 3) nicht ohne Wirkung bleiben. Besonders das Europäische Parlament tritt aktiv in Aktion. In Deutschland sind die zentralsten Themen in der Gesetzgebung immerhin erfasst worden, obwohl es andererseits wichtige Regulierungsvorschläge in Europa und international bremst. Im Gegensatz zu den Fraktionen der Regierungsparteien im Deutschen Bundestag beurteilen der Präsident der Bundesbank, Jens Weidmann, und die geschäftsführende Direktorin des IWF, Christine Lagard, den Stand der Regulierungsmaßnahmen und die Aussichten zur Überwindung der Krisen sehr kritisch. Die gemeinsam durch die EU, die EZB und den IWF betriebenen Reformprogramme in den von der Krise am stärksten betroffenen Ländern, die vor allem aus sozial unververtretbaren Sparmaßnahmen bestanden, verursachten einen wirtschaftlichen Rückgang und erzeugten sozialen Protest und politische Instabilität. Das BIP in der Eurozone nahm 2012 nach Angaben der Europäischen Zentralbank um 0,7% und 2013 um 0,4% ab. Gleichzeitig sanken Investitionen um 4 und 2,9%, die Import- und Exportsteigerungsraten nahmen ab, und es wuchs die Arbeitslosigkeit auf 11,3 und 12%³.

Zur weiteren Antikrisenpolitik – Diskussion

Diese Situation löste eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit aus. „WeltTrends“ veröffentlichte Beiträge von Flassbeck und Elsenhans (Flassbeck, 2013), die makroökonomische Fehlentwicklungen der Eurokrise analysieren. Sie kritisieren die Entwick-

³ Vgl. European Central Bank June 2014, S. 10, 39 und 44.

lung von Niedriglöhnen, eine überzogene Exportentwicklung, fehlende Nachfrage, unvertretbare Schulden, unsichere Forderungen und falsche Sparpolitik. Obwohl ihre Analysen den Kern der Krisenvorgänge richtig treffen und die Entwicklung der Eurokrise bestätigen, bleibt die Ursachenanalyse zu wenig komplex und dementsprechend sind ihre Schussfolgerungen unbefriedigend.

Flassbeck und Elsenhans unterschätzen trotz der kritischen historischen Betrachtung des Marktversagens den komplexen Wandel des Finanzsektors als Ursache der Eurokrise. In ihren Schlussfolgerungen bleibt die fehlende europäische Integration der Realwirtschaft als entscheidender Faktor zur Erhöhung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und für wirtschaftliche Konvergenz außer Betracht.

Flassbeck und Lapavitsas schlussfolgern, „again to use currency devaluation as an instrument of economic policy and to fend off the attempts by some countries to economically occupy others“. Konsequent gehen sie von einer nicht anzustrebenden, weil riskanten, aber wahrscheinlich unvermeidbaren Wiedereinführung nationaler Währungen aus. Eine politische Union als „dream“ „should not guide politics“ und „a transfer union is not feasible among independent and sovereign nations“ (Flassbeck, Lapavitsas, 2013). Solch ein Weg würde die Ursachen der Finanzkrise nicht einschränken, sondern zu Konsequenzen der Eurokrise führen, die für die EU – Staaten untragbar wären.

Elsenhans gelangt mit der Forderung von Nachfrageentwicklung durch eine neue Lohnpolitik und einen Abbau von Exportüberschüssen zu ähnlichen Schlüssen wie Flassbeck. Er setzt sich aber für die Erhaltung des Euro ein und fordert Reformen zu einem „neuen Kapitalismus“, der sich auf Profit und Wohlstand als Ergebnis von Arbeit in der realen Wirtschaft und nicht auf Profit als wertloses Geld orientiert. Das soll allerdings durch eine Marktwirtschaft, die die Macht der „Oberen“ begrenzt, ohne eine „primär politisch verfasste und damit permanent von Oligarchisierung bedrohte Gesellschaft“ erreicht werden (Elsenhans, 2013).

Krisenbekämpfung bleibt ungenügend

Die Bekämpfung der Krisenursachen mit Reformen und Regulierungsmaßnahmen auf internationaler Ebene, in der EU und durch die Staaten erzeugte eine Fülle von Maßnahmen, die jedoch an der Krise zu wenig ändern. Es stimmt nicht, dass mit den etwa 30 Gesetzen, die der Bundestag in Deutschland gegen die Finanzkrise seit der Lehman-Pleite erlassen hat, Schritt für Schritt alles reguliert würde (Stützle, 2013). Die Bankenstabilität bleibt gefährdet, Schattenbanken wirken weiter, riskante Finanzinstrumente bleiben wirksam, der Finanzsektor dominiert die von der Krise gezeichnete reale Wirtschaft und der Steuerzahler trägt nach wie vor die Krisenkosten. Allerdings werden auch im politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Establishment diese Probleme aufgegriffen. Selbst der Präsident der Bundesbank, Weidmann, der „a great deal“ der Reformen als „has been done“ ansieht, geht davon aus, dass die Krise nicht vorbei ist, „zu ihrer Überwindung noch viel zu tun ist“ und es dafür Jahre braucht und, dass „differences in the speed and scope of financial deregulation ... led to regulatory arbitrage by financial market players“ und fordert „appropriate regulation“. Er will „market failure“ mit financial regulation heilen. Weidmann kritisiert auch die fehlen-

de politische und wirtschaftliche Integration für eine einheitliche Geld- und Währungspolitik (Weidmann, 2013). White, früherer Chefvolkswirt der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, erklärte: „Alle Risiken und Ungleichgewichte, die es 2009 und 2010 in den Industrieländern gab, sind im Grunde immer noch da.“ ... „Die Euro-Zone ist noch nicht über den Berg.“ ... „Jeder, der behauptet, dass die fundamentalen Probleme gelöst sind, belügt sich selbst und die Öffentlichkeit.“ Als Ursache nennt er: „Das Problem ist die Politik des billigen Geldes. Seit 25 Jahren bekämpft die US – amerikanische Federal Reserve jede Krise damit. ... Jedes Mal, wenn die Zentralbanken die Folgen einer geplatzten Spekulationsblase mit billigem Geld bekämpfen, pumpen sie damit die nächste große Blase auf und befeuern so die nächste Krise.“ Gegenwärtig fürchtet White: „Wir bewegen uns auf einen Punkt zu, wo wir nichts mehr machen können.“ Die Länder, „die noch manövrierfähig sind“, sollen etwas tun, indem sie die Nachfrage und höhere staatliche Investitionen stärken (White, 2013).

Vorschläge zur Überwindung der Krisen

Die konsequentesten Änderungsvorschläge haben linksorientierte Wissenschaftler und Politiker gemacht. Beispielhaft ist ein Beitrag von Hickel und Troost (Hickel, Troost, 2012). Sie berufen sich bei ihren Aussagen auf Einschätzungen zur Eurokrise, die der bundesdeutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gegeben hat sowie auf eine Darstellung der Kosten und Folgen eines möglichen Zusammenbruchs des Eurosystems, die im Handelsblatt für die deutsche Wirtschaft mit 3,3 Billionen Euro (ohne Folgekosten durch die eintretende Wirtschaftsrezession) angegeben werden. Mit ihren Vorschlägen wollen Hickel und Troost das Eurosystem reformieren und erhalten. Dazu sollen „die erforderliche Vergemeinschaftung bisher nationaler Souveränitätsrechte“, eine „umfassende Demokratisierung der EU-Entscheidungsorgane“ und „gemeinschaftliche Haftung und Verantwortung“ gehören. Das setzt eine Vertragsreform für die EU voraus. Ein Masterplan soll „die Vision einer künftigen Wirtschafts- und Währungsunion innerhalb einer politischen Union“ verwirklichen helfen. Hickel und Troost fordern eine „Aussetzung der Austeritätspolitik“ und „ein staatlich finanziertes Investitions- und Wachstumsprogramm in Europa“ für „eine zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur“, „eine Zerschlagung der Institutionen des Spekulationskapitalismus, also der Hedge-Fonds, der Investment- und Schattenbanken und des Monopols freier Ratingagenturen“. Die „vorgeschlagene Bankenunion mit einer gemeinschaftlichen Einlagensicherung und Aufsicht“ wird als „ein Schritt in diese Richtung“ gesehen. Dazu gehört eine „langfristige Strategie zur Förderung von Solidarität und ökologischer Nachhaltigkeit [...] einschließlich eines ambitionierten Plans zur Förderung von Investitionen in den Ländern, die von der Krise am stärksten betroffen sind.“ Zu ihren Vorschlägen gehören auch: Finanzierter Schuldenabbau durch Vermögenssteuer, Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Eurobonds und Schrumpfung des Finanzsektors. Schließlich wird die Ablösung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der EU durch eine „Europäische Ausgleichsunion“ vorgeschlagen, welche die Einhaltung von Obergrenzen für Leistungsbilanzungleichgewichte sichern soll.

Die Überwindung der Eurokrise erfordert eine grundsätzliche Reform der Politik der EU, wozu Deutschland einen bedeutenden Beitrag leisten muss. Zu dieser Reform gehört außer einem höheren Grad politischer Integration eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaftsintegration muss wissenschaftlich –technische Zusammenarbeit, Kooperation bei Investitionen, in der Produktion und beim Absatz der Produkte und Leistungen umfassen. Die Regulierung der Finanzwirtschaft muss deren Verselbstständigung gegenüber der Realwirtschaft beseitigen und die Finanzstabilität sichern.

Schlüsse für die Reform der EU und ihres Währungssystems

1. Ein geschlossenes politisches Vorgehen im Sinne einer politischen Union ist die erste Voraussetzung für die Überwindung der Krisen. Die gemeinsamen und zu koordinierenden gegensätzlichen Interessen der beteiligten Staaten erfordern zwar einen höheren Integrationsgrad, erhebliche Divergenzen und nationale Bindungen werden aber fortbestehen. Die Staaten bleiben deshalb entscheidende Träger der politischen Integration. Für alle gesellschaftlichen Integrationsprozesse ist die demokratische Gestaltung der Europapolitik unverzichtbar. Vorschläge, die auf die autoritäre europäische Durchsetzung der von den wirtschaftlich stärksten Kräften getragenen falschen Krisenpolitik hinauslaufen, sind kein Weg aus der Sackgasse der Eurokrise.

2. Die Bindung der Währungsunion an eine gemeinsame Wirtschaftspolitik schafft die materielle Grundlage der Währungs- und Finanzstabilität. Eine Währungsunion erfordert eine weitgehende Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Staaten, d. h. der Wachstumspolitik der realen Ökonomie, der Preis-, Lohn- und Steuerpolitik unter dem Aspekt der Sicherung des Interessenausgleichs, der ökonomischen Konvergenz und eines fairen Wettbewerbs. Gleichzeitig ist zu gewährleisten, dass die Produktionsbereiche nicht durch überzogene Selbstbeteiligung an Finanzgeschäften und überzogene Kapitaltransfers bei der Erfüllung ihrer eigentlichen wirtschaftlichen Funktionen beeinträchtigt werden. Besondere Bedeutung für eine Wirtschaftsunion hat die Umverteilung wirtschaftlicher Mittel zugunsten der schwächeren Länder. Sie ist auf Grundlage gemeinsamer Zukunftsinteressen und im Hinblick auf den Ausgleich historisch erfolgter ungerechtfertigter Umverteilungen legitim. Notwendig ist die Umverteilung von Mitteln der Staaten oder der Union zum Zweck der Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Gemeinschaft sowie für die Angleichung des wirtschaftlichen Niveaus der Staaten. Zur gemeinsamen Wirtschaftspolitik gehört auch eine vernünftige Handhabung nationaler und gemeinsamer Protektion der Märkte, auch der Geldmärkte. Sie muss diese vor äußeren Einflüssen schützen, die das Wachstum der inneren wirtschaftlichen Kräfte behindern und den gegenseitigen Vorteil von internationalen Wirtschaftsbeziehungen einschränken oder gefährden.

3. Durchsetzung von Reformen der Funktionen, der Architektur sowie der staatlichen Regulierung des Währungs- und Finanzsektors. Dazu gehören:

- die Herausbildung einer Währungs- und Bankenunion zur gemeinsamen integrativen Stabilisierung des Geld- und Finanzsektors als Teil einer Wirtschaftsunion;
- die Sicherung der staatlichen und regionalen Regulierung des Geld- und Währungssystems bis zur Übernahme von Schlüsselpositionen durch den Staat und regionale Institutionen;

- die Einschränkung der Macht privater Banken und die Überwindung der Systemrelevanz von Großbanken, die Gewährleistung einer vertretbaren Kapitalausstattung der Banken mit eigenen Mitteln, die Garantie der Haftung der Banken und Konzerne für Krisenkosten mit hochgradiger Beteiligung der Verursacher und Nutznießer (Verluste aus risikvollen Geldgeschäften haben ihre Verursacher bis zu ihrem Existenzverlust selbst zu tragen);
- die Neugestaltung der europäischen und nationalen Bankenaufsicht;
- die Reformierung der Schattenbanken und die Einschränkung von Geldgeschäften mit Derivaten sowie das Verbot ausgewählter spekulativer Finanzierungsinstrumente;
- die Regulierung des Computerbankings;
- die Beibehaltung der zwei Sektoren der Geschäftsbanken mit besonderem Schutz der Kleinsparer sowie der Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen;
- die Überwindung der schädlichen materiellen Stimulierung des Bankenmanagements.

4. Vollzug von Reformschritten für Verteilungsgerechtigkeit gegen die Verschärfung der sozialen Probleme durch die Eurokrise, die die Linksfraktion des Bundestages vorgeschlagen hat:

- Rettungskosten für Banken sind nicht von Kleinsparern, die nicht mit ihrem Geld spekuliert haben, zu tragen. Die Banken sind zu verpflichten, über Risiken lückenlos aufzuklären. Vom Staat übernommene Kosten zur Rettung von Banken sind von ihnen zurückzuzahlen, dafür kommen auch Bankenabgaben infrage;
- für Finanztransaktionen ist eine angemessene Steuer (Transaktionssteuer) einzuführen;
- eine Vermögens- und eine Erbschaftssteuer in angemessener Höhe sind zu erheben. Einmalige Vermögensabgaben oder eine Millionärssteuer sollten zur Entschuldung der Staaten und für die Bewältigung der Kosten der Finanzkrise realisiert werden;
- Einkommenssteuern sind unter Berücksichtigung der Einkommensart und -höhe leistungsgerecht und sozial zu differenzieren sowie im Interesse der Finanzierung von Sozialausgaben zu erhöhen;
- Steuerflucht und die entschiedene Einschränkung der Bestrafung von Steuerbetrug sollten verhindert werden, das erfordert eine Abstimmung und Vereinheitlichung der Steuersysteme;
- Erhöhung der Arbeitseinkommen entsprechend der Leistung und der Entwicklung der Arbeitsproduktivität, Festlegung von Mindestlöhnen sowie die Begrenzung des Niedrig lohnsektors, um Reallohnsenkungen und Minderentwicklungen aus den letzten Jahren auszugleichen.

Schlussbemerkungen

Der geforderte Reformweg wird behindert durch das Festhalten an „Reparatur – Versuchen“ im Rahmen des neoliberalen Wirtschafts- und Finanzsystems.

Zur Zeit ist die Bildung der Bankenunion, die auch die Regelung der Bankenabwicklung einschließt, und die Stärkung der Bankenaufsicht in der EU im Gange. Da-

bei zeigen sich die herangereiften ungelösten politischen Reformbedürfnisse der EU, die gewachsenen Differenzen zwischen den Staaten und die Auswirkungen der anhaltenden Krise. Sie führen zu Verzögerungen. Die sich abzeichnenden Kompromisse und inkonsequenten Regelungen reichen nicht aus, um zu einer antikrisenwirksamen Lösung zu gelangen. Ohnehin reicht die Bankenunion nicht aus, um die unvollkommenen und zum Teil fehlenden Reformschritte der anderen Bereiche des Finanzsystems auszugleichen.

In der Politik Deutschlands und der EU ist eine prinzipielle Neuorientierung nicht erkennbar, obwohl die Gefahr des Scheiterns des Euro wächst und bedeutende Länder wie Italien und Frankreich unter der akuten Krisensituation leiden. Deutschland selbst kommt an die Grenzen seiner Zahlungsfähigkeit und ist durch wachsende unsichere Forderungen bedroht. Der Fortgang der Krise und die wachsende Instabilität erzeugen auch die Gefahr rechtsradikaler Lösungsversuche. Eine Gruppe linksorientierter Gesellschaftswissenschaftler ringt nach der Bundestagswahl angesichts der Tatsachen, dass die Zeichen parteipolitisch „nicht auf Politikwechsel“ stehen und „der Widerspruch zwischen den von linken, sozialen und ökologischen Kräften behaupteten Handlungsnotwendigkeiten und der politischen Realität ... nach der Bundestagswahl noch größer geworden“ ist, um neue Ideen für eine gesellschaftliche Alternative (Brandt, Brie, Wolf, 2013). Sie gehen davon aus, dass „eine hohe latente Unzufriedenheit herrscht, die ihre Repräsentanz im politischen Raum“ sucht. Nach Auffassung der Autoren fehlt für die „Nachfrage“ ein „Angebot“. Es bedarf „der erlebbaren Hinwendung jener gesellschaftlicher Bewegungen, die sich glaubwürdig auch für ein anderes Europa und für mehr Demokratie engagieren, und daran anknüpfender Organisationen und Parteien zu den dramatischen sozialen und kulturellen Veränderungen. ... Die Losung ‚Eine andere Welt ist möglich‘ hat in den ... Mittelschichten nicht an Attraktivität verloren“. Es herrsche „noch immer ein breiter Konsens darüber, dass es gerecht zugehen“ müsse (Brandt, Brie, Wolf, 2013). Wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung einer „linken Alternative“ sei eine Neuprofilierung der SPD („Doppelstrategie Koalitionsdisziplin und eigene Profilierung“), der Grünen und der Linkspartei (Brandt, Brie, Wolf, 2013). „In Deutschland wie in Europa“ sei „die parteipolitische Öffnung für neue Kooperationen *conditio sine qua non* jedes Politikwechsels“ und dazu brauche es „neue gesellschaftliche Solidarisierung“ (Brandt, Brie, Wolf, 2013). Es bedürfe „breitester gesellschaftlicher Verankerung von Alternativen sowie der Vernetzung und Kooperation der zahlreichen Gruppen, Initiativen und Bewegungen“. Für die Autoren ist von zentraler Bedeutung, „dass parteipolitisch verankerte Kräfte sich ... beteiligen – allerdings nicht in Konkurrenz zueinander, sondern in Gestalt eines gemeinsamen Projekts, das gesellschaftlich verankert ist und in den jeweiligen Parteien zur Geltung kommen muss“ (Brandt, Brie, Wolf, 2013). „Dynamik des dialogischen Austauschs über die gemeinsamen Ziele“ soll entwickelt werden. Es geht um „ein neues nicht länger parteienzentriertes crossover – Projekt“ (Brandt, Brie, Wolf, 2013).

Schon heute sind deutliche Spuren des Eingehens auf wirkliche Reformgedanken unübersehbar. Das zeigt sich neben der Rhetorik zu notwendigen Veränderungen in realen Fortschritten bei der Erhöhung des Eigenkapitals der Banken und bei der Bankenaufsicht. Noch können wachsende politische Einsichten die Lage verändern, die

Belastungen der Völker und Staaten mit den Krisenfolgen werden eine Veränderung erzwingen.

Bibliographie

- Brandt P., Brie A., Brie M., Wolf F. O. (2013), *Für ein völlig neues Crossover. Die Wiederbelebung des linken Projekts*, In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, S. 59–68.
- Elsenhans H. (2013), *Endlose Eurokrise?*, „WeltTrends“, Heft 92, S. 85–88.
- Elsenhans H. (2013), *Für eine Erneuerung des Kapitalismus*, „WeltTrends“ Spezial, Heft 10, S. 3–12.
- European Central Bank (2014), *Statistics Pocket Book*, European Central Bank, Frankfurt a. M. June.
- Flassbeck H. (2013), *Den Euro retten!*, „WeltTrends“, Heft 91, S. 142–143.
- Flassbeck H., Lapavistas C. (2013), *The Systemic Crisis of the Euro – True Causes And Effective Therapies*. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Hickel R., Troost A. (2012), *Eurozone vor dem Ende? Rettung durch kurzfristig entschiedenes Handeln mit einer Vision für Europa*, 30.08.2012, <http://www.heise.de/tp/artikel/37/37538/1.html>, Download vom 05.09.2013.
- Stützle P. (2013), *Schritt für Schritt wird alles reguliert. Gegen Fehlentwicklungen an den Kapitalmärkten wird vorgegangen*, „Das Parlament“, Heft 29–30, S. 12.
- Szalay C., Aaebersold (2014): *Politik des Versprechens*, „Neue Zürcher Zeitung“, 24. Juli, In: Deutsche Bundesbank, „Auszüge aus Presseartikeln“ 2014, Nr. 31, S. 8f.
- Weidmann J. (2013), *Die Krise ist nicht vorbei. Interview*, „Handelsblatt“, Nr. 37, In: Deutsche Bundesbank, „Auszüge aus Presseartikeln“ 2013, Nr. 37, S. 11–13.
- Weidmann J. (2013), *Making the financial system more resilient*, In: Deutsche Bundesbank, „Auszüge aus Presseartikeln“, Nr. 28, S. 3–5.
- Weidmann J. (2013), *Die Währungsunion als Stabilitätsunion*, In: Deutsche Bundesbank, „Auszüge aus Presseartikeln“, Nr. 43, S. 3–7.
- White W. (2013), *Die Risiken sind jetzt womöglich noch größer als damals. Interview*, In: „Börsen – Zeitung“, 23. August, In: Deutsche Bundesbank, „Auszüge aus Presseartikeln“ 2013, Nr. 37, S. 26–29.
- White W. (2013), *Die nächste Krise wird besonders schwer. Interview*, „Welt am Sonntag“, 22. September, In: Deutsche Bundesbank, „Auszüge aus Presseartikeln“ 2013, Nr. 41, S. 26f.

Niekończący się kryzys strefy euro

Streszczenie

Autor w artykule przedstawia tezę, że kryzys strefy euro państw członkowskich Unii Europejskiej nie został przezwyciężony i nadal należy liczyć się z jego potencjalnymi zagrożeniami. Autor w swojej analizie skoncentrował się na przyczynach kryzysu, podejmowanych środkach ratunkowych i obecnie trwającej dyskusji na temat metod jego zwalczania. Wskazując na dużą rolę Niemiec w tym zakresie, autor postuluje szereg konkretnych środków, które powinny zostać powzięte (m.in. budowa unii politycznej, unia bankowa, ścisłe powiązanie polityki gospodarczej z polityką monetarną), które pomogą przywrócić zaufanie do europejskiego pieniądza i strefy euro.

Słowa kluczowe: Unia Europejska, kryzys finansowy strefy euro

Euro crisis without end – what now?**Summary**

The author of the paper claims that the crisis of euro zone member states has not been overcome and continues to pose potential threats. The analysis is focused on the reasons for the crisis, the emergency measures applied and the current discussion on the methods to overcome it. The author emphasises the role of Germany in this respect and presents a range of concrete measures that should be applied (such as the gradual emergence of a political union, banking union and developing a tight relation between economic and monetary policy) to restore trust in the European currency and the euro zone.

Key words: European Union – crisis in the euro zone

